

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 7,20 M., jährlich 14,40 M. Die Ausgabe Nummer 10 11. Preis.

# Briefetal-Bote

Abgegeben werden in der Briefetaleitung: Briefetaleitung, Briefetaleitung 5 und von allen Briefetaleitungen abgenommen. Die Hauptpoststelle Postfach 26 Pömmig, die Nebenzentrale 1. März.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Brieße, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ, Frohnau, Summt und Umgegend

Verantwortlicher: Amt Birkenwerder 2008

Verleger: Briefetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 16

Verantwortlicher Amt Birkenwerder 2008

Dienstag, den 28. Januar 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

**Sitzungsanladung.**  
Zur Beratung der hierunter angegebenen Tagesordnung werden die Mitglieder der Gemeindevorstellung hiermit zu einer Sitzung auf Freitag, den 31. Januar 1930, abends 8 Uhr, im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenden an die gefassten Beschlüsse gebunden sind.

#### Tagesordnung:

16. Renoual der Kommissionen.
  17. Anträge der kommunalpolitischen Fraktion vom 17. d. Mts. und der Gemeindevorsteher Voelcker, Saalmann, Knopf und Habers vom 23. d. Mts.
- Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr, werden in dem Erdgeschoss der Volksschule die Neulinge aufgenommen. Schulspflichtig sind alle, die bis zum 30. d. dieses Jahres das 6. Lebensjahr erreicht haben.
- Geburts-, bezw. Taufschein und Japscheine sind mitzubringen.
- Birkenwerder, den 27. Januar 1930.  
Der Gemeindevorsteher. Blank.
- Die Jagdpachtgelder für die Pachtzeit vom 1. Juli 1929 bis zum 30. Juni 1930 werden an die Jagdgenossen des hiesigen gemeinschaftlichen Jagdbezirks nach dem festgestellten Verteilungsplan bis zum 3. Februar d. Js. ausgezahlt. Bis dahin nicht abgegebene Beträge werden nach den Bestimmungen der Jagdordnung zur Gemeindekasse für Wohlhabenszwecke vereinnahmt.
- Birkenwerder, den 27. Januar 1930.  
Die Gemeindekasse.

### Die Franzosen in Front.

Die bisherigen Verhandlungen der Londoner Flottenkonferenz lassen die Aussichten auf eine Begrenzung der Flottenrüstungen nicht gerade günstig erscheinen. Nach der einleitenden Vollerzählung am Donnerstag ist man über englisch-französische Sonderverhandlungen noch nicht hinausgekommen. Sie drehen sich im wesentlichen um die Verteilung der Tonnage auf die einzelnen Schiffsklassen, für die Frankreich ganz andre Grundzüge fordert als Amerika. Mehr noch als diese marineteknische Frage bedroht aber die mit politischen Erwägungen begründete französische Forderung auf Erhöhung der Quote für Frankreich die ganze Verhandlungsgrundlage der Konferenz.

Diese französische Forderung gibt sich darin, daß Frankreich in keinem Fall Italien Flottengleichheit zu gestehen will, und daß es andererseits die Wiederbelebung des englisch-französischen Flottenkompromisses von 1925 anstrebt mit dem Ziel der Erhöhung der französischen Quote. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ sieht eine besondere Gefahr dieser Bestrebungen darin, daß Macdonald sich in seiner über großen Anglisten, die Konferenz aus einer gefährlichen Zuspitzung zu retten, die sich aus einer glatten Ablehnung der französischen Forderungen ergeben könnte, schon jetzt zum Nachgeben oder zu Zugeständnissen veranlaßt sehen könnte. Bereits jetzt seien Anzeichen dafür vorhanden. Die taktischen Erfolge Tardeus, die nationalen Bedürfnisse seines Landes als Grundlage für die Verhandlungen in den Vordergrund zu rücken und die Erörterung des französischen Planes auf Sicherung einer gewissen Handlungsfreiheit innerhalb der begrenzten Schiffsklassen werden als gefährlich bezeichnet. Ueberraschend sei, daß Macdonald in den von seinen Vorgängern begangenen Fehler verfallen sei, Zugeständnisse an die fordernden Gruppen zu machen, anstatt die den Standpunkt Englands unterstützende Abordnung, in diesem Falle Italien, zu fördern.

Wie Bertinax wissen will, ist bisher in den englisch-französischen Bepflegungen in folgenden zwei Punkten Übereinstimmung erzielt worden: 1. Für Schlachtschiffe und Unterseeboote soll eine unveränderliche Tonnage festgelegt werden, d. h. Bauverträge in einer der beiden Klassen zugunsten der Erhöhung der anderen Klasse sind verboten; 2. die Handlungsfreiheit bleibt auf Kreuzer unter 10 000 Tonnen und Zerstörer beschränkt. Trotz dieses Teilerfolges ist man französischerseits doch keineswegs mit Macdonald zufrieden. Die Pariser Presse erklärt geradezu, daß er nicht der geeignete Mann zur Leitung einer solchen Konferenz sei, weil er von Flottenfragen zu wenig verstehe. Bertinax nimmt es ihm besonders übel, daß er Grandi davon in Kenntnis setzte, daß Tardeus einer Vinsuziehung des italienischen Außenministers zu den französisch-englischen Bepflegungen ablehnend gegenüberstand. Diese Haltung, so betont er, habe die Italiener noch stärker gemacht und sie erst recht veranlaßt, ihre Forderung auf Flottengleichheit mit Frankreich energisch zu vertreten.

In der Quotenfrage gehen die französischen Forderungen auf Erhöhung der Quote Englands und Amerikas auf drei Fünftel der Quoten Englands und Amerikas. Eine Einigung ist hierüber noch nicht erzielt worden. Angesichts der Haltung der Italiener wäre auch gar nichts damit gewonnen, wenn England in der Quotenfrage den Franzosen Zugeständnisse machen sollte. Die italienischen Forderungen würden damit automatisch ebenfalls in die Höhe gehen, und da Frankreich den Italienern unter keinen Umständen die Gleichheit zu gestehen will, so fände man auf demselben Feld Frankreich müßte neue Mehrforderungen erheben, und so würde in London zunächst einmal das theoretische Wettrüsten weitergehen wie eine Schraube ohne Ende. In der Praxis aber würde dieses Wettrüsten nur in der Finanzfrage eine Grenze finden. Wer dabei der Sieger bleiben würde, läßt sich unsicher vorausagen: Amerika. Mit seinen unerschöpflichen Mitteln könnte es seine eigenen Rüstungen ins Ungemeine fortsetzen, durch Kreditperre könnte es aber den Franzosen und Italienern das Wettrüsten bald verweigern.

Die Amerikaner haben sich in London bisher zurückgehalten, obwohl sie ja eigentlich die Hauptpersonen sind. Nur einen kleinen taktischen Vorstoß haben sie unternommen: er richtet sich gegen die Geheimdiplomatie. Angeblich aus räumlichen Gründen ist bekanntlich die Presse von den Vorkommnissen ausgeschlossen. Die Amerikaner haben nun den Ausweg gefunden, daß sie drei Kläse, die den amerikanischen Sachverständigen zur Verfügung gestellt worden sind, drei amerikanischen Pressevertretern überlassen wollen. Den anderen Abordnungen wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als diesem Beispiel zu folgen.

### Kompromiß zum Zündholzmonopol.

Die Kontingente der Konsumvereine. — Kleinverkaufspreise.

Die Regierungsparteien hielten am Sonnabendvormittag vor der Ausschüttung eine neue interfraktionelle Bepflegung ab, in der man sich auf einen Kompromißantrag zum Zündholzmonopol einigte. Danach bleibt das monopolfreie Kontingent der Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine in der von den Regierungsvorlage vorgesehenen Höhe von 23 000 Normalstücken für die Hamburger und 3700 Normalstücken für die Kölner Organisation bestehen. Eine Kürzung tritt aber ein bei den Steigerungssätzen, die die Regierungsvorlage allfälliger für die Kontingente vorgesehen hat.

Der Steigerungssatz vermindert sich nach dem Kompromißantrag für die Hamburger Organisation von 345 auf 230 Normalstücken und für die Kölner Organisation von 56 auf 37 Normalstücken.

Die in der Vorlage vorgesehenen Kleinverkaufssätze sind durch den Kompromißantrag zu Kleinverkaufspreisen schließlich, also zu Festpreisen gemacht, die nicht überschritten, aber auch nicht unterboten werden dürfen. Die Abweichung von diesen Preisen soll nach dem Kompromiß bestraft werden.

Schließlich ändert der Kompromißantrag die Regierungsvorlage in der Beziehung, daß an Stelle der vorgesehenen Ermächtigung zum Erlass von Ausführungsvorschriften die Maßbestimmung aufgenommen wird: Die Reichsregierung erläßt mit Zustimmung des Reichsrats Durchführungs- und Ausführungsvorschriften zur Sicherung der Qualität und über die Ausstattung der Zündwaren. Zweierhandlungen können mit Geldstrafen bedroht werden.

### Die Koalitionsverhandlungen in Preußen.

Die Verhandlungen zur Umänderung der preussischen Regierung sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt, doch erwartet man noch im Laufe des Montags eine Entscheidung, so daß schon Mitte der Woche die Umänderung vorgenommen werden könnte. Wie verlautet, soll die vorkparteiliche Vertretung im Kabinett durch den Abgeordneten Lebig erfolgen, der das preussische Handelsministerium übernehmen würde. Außerdem lege die Volkspartei größten Wert auf ein Ministerium ohne Portfeuille, und hierfür würde voraussichtlich der Fraktionsführer Stendel kandidieren.

### Um die Unabhängigkeit der Reichsbank.

Die demokratische Reichstagsfraktion gibt folgenden Bericht heraus: „Die Deutsche demokratische Reichstagsfraktion erblickt in der Unabhängigkeit der Währungs-, Diskont- und Kreditpolitik gegenüber politischen Einflüssen, öffentlichen Finanzbedürfnissen und privatrechtlichen Sonderinteressen die Bürgschaft für die Festigkeit der deutschen Währung und wird deshalb Veruche einer Umänderung des Reichsbankgesetzes, durch die diese Sicherheit beeinträchtigt oder die sachmännliche Leitung der Reichsbank in Frage gestellt werden könnte, bekämpfen. Im Interesse der Einheitslichkeit der Reichspolitik und ihrer Vertretung nach außen und innen hält es die Fraktion jedoch für geboten, daß eine über ihre Zuständigkeit hinausgehende Einflußnahme der Reichsbankleitung auf die Reichspolitik verhindert wird.“

### Moldenhauer über Haag und Finanzreform

Berlin, 27. Januar.

Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer sprach am Sonntag in der Sitzung der Reichsangelegenheiten der Deutschen Volkspartei über das Haager Ergebnis und die kommende Finanzreform. Er wies darauf hin, daß seine deutliche Delegation bisher unter ungünstigen Vorzeichen zu einer internationalen Konferenz gefahren sei, wie die nach dem Haag. Günstig war wenigstens, daß ein starker Wille zur Verständigung vorhanden gewesen sei. Er habe in diesen Tagen die Notwendigkeit erkannt, daß eine selbständige Politik nur möglich ist, wenn gesunde Finanzen vorhanden sind. Reichsfinanzministerium und Reichsbank seien auf ehrlche Zusammenarbeit angewiesen. Auf keinen Fall dürfe die finanzielle Unabhängigkeit der Reichsbank erschüttert werden. Was die in Vorbereitung befindliche Finanzreform betreffe, so sei der Hauptgrund: das Ziel der Sanierung der Reichsfinanzen müsse Abdeckung der schwebenden Schuld sein. Ultimo Januar und Ultimo Februar seien gefichert. Er gab seiner absoluten Zuversicht Ausdruck, daß die Regierung der Schwierigkeiten Herr werde.

### Zentrumsentschließung zur Saarfrage

Berlin, 27. Januar.

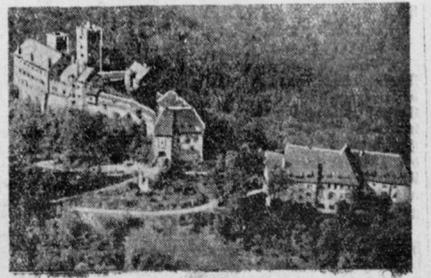
Der Reichsparteivorstand des Zentrums trat am Sonntag im Reichstag unter dem Vorsitz des Prälaten Kaas zu einer Sitzung zusammen, die den ganzen Tag über andauerte. Zunächst erläuterte Reichsminister Dr. Wirth einen Bericht über das Haager Ergebnis, dem in einer Entschließung der Partei für seine Arbeit ausgesprochen wurde. In einer weiteren Entschließung wird in Bezug auf die schwierigen Verhältnisse in den Brenngeländern des Westens und Ostens eine tatkräftige systematische Grenzlandförderung gefordert. Zur Saarfrage wurde eine Entschließung angenommen, in der die Fortsetzung der Pariser Verhandlungen zwecks Rückgliederung des Saargebietes begrüßt und die Ermartung ausgesprochen wird, daß die rechtliche politische und wirtschaftliche Wiedereingliederung des Gebietes in den Verband des Reiches, Preußens und Bayerns erreicht werden möge.

### Schweres Straßenbahnunglück in Stettin.

Ein Anhänger in der Kurve entgleist und gegen ein Haus geschleudert. — 5 Tote und 21 Verletzte.

Am Sonnabendvormittag ereignete sich in Stettin ein schweres Straßenbahnunglück. Von einem aus Grabow kommenden Straßenbahnzug, der die stark abschüssige Knochstraße herabfuhr, sprang ein vollbesetzter Anhängerwagen an der Ecke der Blumenstraße in der Kurve aus den Schienen.

Zu sich der Wagen in großer Geschwindigkeit bewegt hatte, wurde er mit voller Gewalt gegen ein Haus geschleudert und vollständig zerkümmert. Zwei Passanten, die zwischen Wagen und Mauer errieten, wurden auf der Stelle getötet und bis zur Unkenntlichkeit verkrümmelt. Außerdem wurden aus den Trümmern noch 24 verletzte Fahrgäste geborgen, darunter mehrere Schwerverletzte, von denen drei nach ihrer Heberführung ins Krankenhaus gekörben sind.



850 Jahre Wartburggeschichte.

Der 27. Januar 1080 trug zum erstenmal durch die Schlacht von Harschheim im Innruttal die Wartburg in die deutsche Geschichte ein. In jenem Tage wurde König Heinrich IV., der genau drei Jahre früher den Gang nach Canossa angetreten hatte, unterhalb der Wartburg von Thüringern und Sachsen überfallen und gefangen.